

Fraktionsantrag	
------------------------	---

Drucksache Nr.: 12/1059	11.02.2014
Fraktionsantrag	öffentlich

Beratungsfolge	Beratungsstatus	Sitzung am	TOP
Verbandsausschuss	vorberatend	24.03.2014	
Verbandsversammlung	beschließend	04.04.2014	

Betreff: Änderungen am RVR-Gesetz zügig umsetzen
Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Die Linke. vom 11.03.2014

Beschlussvorschlag

Mit Bedauern und Enttäuschung stellt die Verbandsversammlung fest, dass die Landesregierung auf die Resolution vom 10. März 2013 zur Stärkung des Regionalverbandes Ruhr unter dem Motto "Aufgaben konkretisieren - Strukturen optimieren - Metropole stärken" bislang lediglich mit einer Eingangsbestätigung reagiert hat. Eine Vorlage zur geforderten Änderung des RVR-Gesetzes ist bislang weder im Kabinett beraten noch dem Landtag vorgelegt worden.

Die gewählten Vertreter der 15 Mitgliedskörperschaften mit den 53 Städten und Gemeinden erwarten, dass die nächste in 2014 sich neu konstituierende Verbandsversammlung ihre Arbeit auf der Grundlage eines neuen RVR-Gesetzes aufnehmen kann, das den inhaltlichen Forderungen und Erwartungen der Resolution vom 10. März 2013 entspricht.

Wir sind davon überzeugt, dass nur ein in seinen Aufgaben und Strukturen zukunftsgerecht aufgestellter Regionalverband Ruhr gemeinsam mit den Kommunen und Kreisen die anstehenden Herausforderungen angemessen bewältigen und neue Impulse für die Region setzen kann. Dazu müssen die in der Resolution angeregten Änderungen am RVR-Gesetz dringend umgesetzt werden.

Bearbeiter/in	Fraktionsgeschäftsführer/in	Fraktion/en
---------------	-----------------------------	-------------

Schmidt, Dirk	Schmidt, Dirk Kretschmer, Heike	CDU Die Linke.
Aktzeichen		
12/0954		

Beratungs- ergebnis	<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss		
	<input type="checkbox"/> einstimmig	Ja:	Nein:	Enth.:

